

Stefan Koriath

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung europäischer
und internationaler Bezüge

SR

5., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Studienreihe Rechtswissenschaften

Stefan Koriath

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung europäischer
und internationaler Bezüge

SR

5., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich
Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan
Korioth

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung europäischer
und internationaler Bezüge

von

Professor Dr. Stefan Koriath
München

unter Mitarbeit von

Dr. Michael W. Müller, M.A., LL.M. (Cambridge)
München

5., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

5. Auflage 2020

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-038066-0

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-038067-7

epub: ISBN 978-3-17-038068-4

mobi: ISBN 978-3-17-038069-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehrbuch vermittelt Studierenden aller Ausbildungsstufen einen kompakten Überblick über das Staatsorganisationsrecht. Die Neuauflage geht ausführlich auf aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein. Am Ende des Buches findet sich ein umfangreiches Wiederholungskapitel, das mit Übersichten und Schemata sowie einer Zusammenstellung möglicher Prüfungsgegenstände aus dem Staatsorganisationsrecht der Vorbereitung auf die Zwischenprüfung sowie die Erste Juristische Prüfung dienen soll.

Professor Dr. Stefan Koriath ist seit 2000 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Kirchenrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Vorwort

Seit dem Erscheinen der Voraufgabe hat es eine Reihe staatsorganisationsrechtlicher Weiterentwicklungen gegeben, die das Buch aufnimmt. Auch 2019 ist das Grundgesetz geändert worden: Der neue Art. 104d GG treibt die Umwandlung des grundgesetzlichen Bundesstaates in einen dezentralisierten Einheitsstaat ein Stück weiter. Eine kleine Änderung betrifft die konkurrierende Bundeskompetenz für die Grundsteuer nach Art. 105 Abs. 2 Satz 1 GG. Neue Rechtsprechung, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts, gibt es im Recht der Parteien und Fraktionen, zur Neutralitätspflicht von Bundesministern, zum Vermittlungsverfahren und zum Wahlrecht.

Sehr herzlich danke ich Herrn Dr. Michael W. Müller, der diese Entwicklungen zusammengetragen und erneut die Hauptlast der Neubearbeitung getragen hat. Unterstützt haben ihn dabei Frau Aoife Madden, Frau Melinda Malek und Frau Lisa-Marie Schmidt. Mein herzlicher Dank hierfür gilt ihnen und Herrn Dr. Julian Eibl, Herrn Jonas Marx, Herrn Dr. Tian Wei und Herrn Michael Rapp für Hinweise und Anregungen. Schließlich danke ich Frau Esther Massaccesi und Frau Gabriele Steiger, die inzwischen viele Buchmanuskripte verlagsgerecht bearbeitet haben.

München/Oldendorf, im März 2020
Stefan Koriath

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Kommentare zum Grundgesetz

Teil I: Grundlagen

A. Staatsrecht als Rechtsgebiet

§ 1 Die Rechtsordnung der Bundesrepublik
Deutschland

§ 2 Staat und Staatsrecht

§ 3 Verfassung und Verfassungsrecht

§ 4 Staatsrecht und Verfassungsrecht

B. Deutsche Verfassungsgeschichte im Überblick

§ 5 Die Zeit vor 1848

§ 6 Die sog. Paulskirchenverfassung von 1848/1849

§ 7 Der Norddeutsche Bund

§ 8 Das Deutsche Reich und die Reichsverfassung
von 1871

§ 9 Die Weimarer Reichsverfassung

§ 10 Die Zeit des Nationalsozialismus

§ 11 Besatzungszeit und Grundgesetz

C. Das Grundgesetz und seine Geltung

§ 12 Überblick: Aufbau und Inhalt des
Grundgesetzes

§ 13 Der zeitliche Geltungsbereich

I. Der Ewigkeitsanspruch von Verfassungen

II. Die Unterscheidung von Verfassunggebung
und Verfassungsänderung

III. Die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes in
Art. 79 Abs. 3 GG

1. Funktion der Ewigkeitsgarantie

2. Inhalt der Ewigkeitsgarantie

IV. Die besondere Funktion von Art. 146 GG

- § 14 Der funktionale Geltungsbereich
 - I. Staatsgewalt
 - II. Staatsgebiet
 - 1. Umfang des Staatsgebiets
 - 2. Gebietshoheit
 - 3. Staatsgebiet des Grundgesetzes
 - III. Staatsvolk
 - 1. Grundprinzipien der Erlangung der Staatsangehörigkeit
 - a) Originärer Erwerb
 - b) Derivativer Erwerb
 - 2. Der Begriff des Staatsvolks im Grundgesetz
 - 3. Staatsangehörigkeit und die Geltung des Grundgesetzes
 - IV. Zusammenfassung: Die Geltung des Grundgesetzes

Teil II: Staatsstrukturprinzipien und Staatszielbestimmungen

§ 15 Strukturprinzipien als verfassungsrechtliche Grundentscheidungen

§ 16 Demokratie

- I. Demokratietheoretische Überlegungen
 - 1. Demokratie als Element der antiken Staatsformenlehre
 - 2. Staatstheoretische Rechtfertigung der Demokratie als Staatsform
 - 3. Notwendige Eigenschaften der demokratischen Staatsform
 - a) Gleiche staatsbürgerliche Mitwirkungsrechte
 - b) Demokratisch legitimiertes Repräsentativsystem
 - c) Transparenz der staatlichen Entscheidungsverfahren
 - d) Mehrheitsprinzip

e) Demokratischer Minderheitenschutz und rechtsstaatliche Anforderungen

II. Einzelne Demokratieformen der Gegenwart

1. Direkte und indirekte Demokratie
2. Präsidiale und parlamentarische Demokratie
3. Exekutive und legislative Demokratie
4. Sog. „Räte-“ und „Volksdemokratien“

III. Die Elemente der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes

1. Demokratisch legitimierte Repräsentativsystem

- a) Repräsentative Demokratie
- b) Zulässigkeit von Abstimmungen
- c) Demokratische Legitimation

2. Herrschaft auf Zeit

3. Parlamentarismus, parlamentarische Demokratie und parlamentarisches Regierungssystem

4. Parteiendemokratie

5. Mehrheitskontrolle im Rechtsstaat

6. Anwendungsbereich des Demokratieprinzips

§ 17 Republik

I. Der Begriff der Republik

II. Die Entscheidung des Grundgesetzes für die Republik

§ 18 Rechtsstaat

I. Formeller Rechtsstaat

II. Materieller Rechtsstaat

III. Synthese von formellem und materiellem Rechtsstaat im Grundgesetz

IV. Normative Ausgestaltung des Rechtsstaatsprinzips im Grundgesetz

V. Gewaltenteilung

1. Der Begriff der Gewaltenteilung

2. Gewaltenteilung als rechtsstaatliches Prinzip

3. Gewaltenteilung im Grundgesetz

- a) Horizontale Gewaltenteilung
 - b) Vertikale Gewaltenteilung
- VI. Die Bindung staatlicher Gewalt
 - 1. Bindung an Menschenwürde und Grundrechte (Art. 1 Abs. 1 u. 3 GG)
 - 2. Bindung an die Verfassung
 - 3. Gesetzesbindung
 - a) Gesetzesbindung der Verwaltung
 - aa) Vorrang des Gesetzes
 - bb) Der Vorbehalt des Gesetzes und die Wesentlichkeitstheorie
 - (1) Eingriffsverwaltung
 - (2) Leistungsverwaltung
 - (3) Gesetzesvorbehalt und Parlamentsvorbehalt
 - b) Gesetzesbindung von Rechtsprechung und Gesetzgeber
 - 4. Rechtsbindung
 - 5. Rechtsschutzanspruch als Effektuierung staatlicher Bindung; Staatshaftungsrecht
- VII. Rechtsstaatliche Prinzipien
 - 1. Verhältnismäßigkeitsprinzip
 - 2. Rückwirkung
 - a) Strafrechtliches Rückwirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG)
 - b) Echte Rückwirkung („Rückbewirkung von Rechtsfolgen“, retroaktiv)
 - c) Unechte Rückwirkung („Tatbestandliche Rückanknüpfung“, retrospektiv)
 - 3. Vertrauensschutz
 - 4. Bestimmtheitsgebot
 - a) Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensnormen
 - b) Verweisungen
 - c) Verordnungsermächtigung
 - d) Satzungsermächtigung

5. Rechtsstaatliche Anforderungen an das Strafrecht

§ 19 Der Bundesstaat

I. Begriff und Abgrenzung

1. Bundesstaat und Einheitsstaat
2. Bundesstaat und Staatenbund
 - a) Souveränität
 - b) Völkerrechtssubjektivität
 - c) Selbstbestimmungsrecht der Partialvölker
3. Bundesstaat und supranationaler Staatenverbund

II. Der Bundesstaat des Grundgesetzes

1. Der zweigliedrige Bundesstaat und sein Schutz durch Art. 79 Abs. 3 GG
2. Homogenität von Bund und Ländern
 - a) Aufteilung der Kompetenzen (Art. 30 GG)
 - b) Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG)
 - c) Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 GG)
3. Bundestreue und Bundeszwang
 - a) Das Prinzip des bundesfreundlichen Verhaltens (Bundestreue)
 - b) Bundeszwang (Art. 37 GG)
4. Kooperativer Föderalismus
5. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern
 - a) Gesetzgebungskompetenzen
 - aa) Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz
 - bb) Konkurrierende Gesetzgebung
 - (1) Gegenstände konkurrierender Gesetzgebung
 - (2) Erforderlichkeitsklausel des Art. 72 Abs. 2 GG
 - (3) Abweichungsgesetzgebung nach Art. 72 Abs. 3 GG
 - cc) Grundsatzgesetzgebung

- dd) Ungeschriebene
Gesetzgebungskompetenzen
- ee) Fortgeltung kompetenzgemäß
erlassenen Rechts nach der
Föderalismusreform
- b) Verwaltungskompetenzen
 - aa) Bundesaufsichtsverwaltung
 - bb) Bundesauftragsverwaltung
 - cc) Bundeseigene Verwaltung
 - (1) Obligatorische Bundesverwaltung
 - (2) Fakultative Bundesverwaltung
 - dd) Gesetzesfreie Verwaltung
 - ee) Gemeinschaftsaufgaben und
Mischverwaltung
- c) Rechtsprechungskompetenzen
- d) Finanzkompetenzen
 - aa) Vertikale Steuerverteilung, Art. 106
GG
 - bb) Horizontaler Finanzausgleich, Art. 107
Abs. 1 GG
 - cc) Bundesergänzungszuweisungen, Art.
107 Abs. 2 Sätze 5-7 GG

6. Die Funktion der kommunalen Gebietskörperschaften

III. Der Bundesstaat des Grundgesetzes in der Europäischen Union

§ 20 Sozialstaat

I. Inhalt des Sozialstaatsprinzips als Strukturprinzip

II. Sozialstaatliche Leistungsansprüche

III. Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

IV. Auslegungsprinzip

§ 21 Staatszielbestimmungen

I. Allgemein

II. Natürliche Lebensgrundlagen (Art. 20a GG)

- III. Tierschutz (Art. 20a GG)
- IV. Europäische Integration (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG)
- V. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht (Art. 109 Abs. 2 GG)
- VI. Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG)
- VII. Gleichstellung behinderter Menschen (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG)

Teil III: Die Staatsorgane

§ 22 Der Begriff des Staatsorgans

§ 23 Der Bundestag

I. Organteile

1. Präsident

2. Präsidium

3. Ältestenrat

4. Ausschüsse

5. Abgeordnete

a) Beginn und Ende des Abgeordnetenamtes

b) Abgeordnete als Vertreter des gesamten Volkes, Grundsatz des freien Mandats

c) Rechte der Abgeordneten

aa) Organschaftliche Rechte

bb) Persönliche Rechte der Abgeordneten

(1) Indemnität und Immunität

(2) Zeugnisverweigerungsrecht

(3) Weitere Rechte

d) Pflichten der Abgeordneten

aa) Abgeordnetenpflichten

bb) Inkompatibilitäten

6. Fraktionen

a) Fraktionen als Organteile des Bundestags

b) Privilegien der Fraktionen, fraktionslose Abgeordnete

- c) Fraktionen im Rechtsverhältnis zu den Abgeordneten
 - d) Fraktionen als rechtsfähige Vereinigungen im allgemeinen Rechtsverkehr
- 7. Gruppen
- 8. Parlamentarische Opposition
- II. Die Wahl zum Deutschen Bundestag
 - 1. Wahlen im repräsentativen parlamentarischen System
 - 2. Wahlrechtsgrundsätze
 - a) Die Allgemeinheit der Wahl
 - aa) Aktives Wahlrecht
 - (1) Rechtliche Voraussetzungen
 - (2) Ausübung des Wahlrechts
 - bb) Passives Wahlrecht
 - b) Die Unmittelbarkeit der Wahl
 - c) Die Freiheit der Wahl
 - d) Die Geheimheit der Wahl
 - e) Die Gleichheit der Wahl
 - aa) Wahlvorgang
 - bb) Zählvorgang
 - cc) Wertungsvorgang
 - f) Die Öffentlichkeit der Wahl
 - 3. Das System der personalisierten Verhältniswahl, § 1 Abs. 1 Satz 2 BWahlG
 - a) Mehrheitswahl (Personenwahl)
 - b) Verhältniswahl (Listenwahl)
 - c) Modifikationen und Kombinationssysteme
 - d) Das Wahlsystem nach dem BWahlG
 - aa) Wahl der Direktkandidaten in den Wahlkreisen
 - bb) Listenwahl
 - cc) Ermittlung der Sitzverteilung/Auszählsystem
 - (1) Auszählung der Wahlkreise und Ermittlung der Direktmandate (§§ 4, 5

BWahlG)

(2) Ermittlung des Verhältnisses der
Zweitstimmen (§ 6 Abs. 1 Satz 1, 2
BWahlG)

(a) Die Sperrklausel

(b) Die Grundmandatsklausel

(3) Umwandlung der
Zweitstimmenanteile in
Bundestagsmandate (Sainte-
Languë/Schepers)

(4) Abzug der in einem Land
errungenen Direktmandate (§ 6 Abs. 4
Satz 1 BWahlG)

dd) Endgültige Stimmenverteilung (§ 6
Abs. 5–7 BWahlG)

4. Wahlperiode, Grundsatz der Diskontinuität

5. Rechtsschutz im Wahlrecht

III. Zuständigkeiten des Bundestags

1. Einleitung

2. Wahlfunktion (Kreationsfunktion)

a) Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG)

b) Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG)

c) Wahl der Richter des
Bundesverfassungsgerichts (Art. 94 Abs. 1
Satz 2 GG)

d) Sonstige Wahlfunktionen des Bundestags

3. Gesetzgebungsfunktion

4. Mitwirkungs- und Zustimmungsfunktion

a) Mitwirkung bei völkerrechtlichen
Verträgen (Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG)

b) Mitwirkung in Angelegenheiten der
Europäischen Union;

Integrationsverantwortung des Bundestags

c) Feststellung des Haushaltsplanes durch
Haushaltsgesetz (Art. 110 Abs. 2 Satz 1 GG)

- d) Feststellung des Verteidigungsfalls (Art. 115a Abs. 1 Satz 1 GG)
 - e) Zustimmung zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr
 - 5. Selbstorganisation (Parlamentsautonomie)
 - a) Rechte des Bundestagspräsidenten
 - b) Wahl der Leitungsorgane
 - c) Geschäftsordnungsautonomie
 - 6. Kontrollfunktion
 - a) Zitierrecht (Art. 43 Abs. 1 GG)
 - b) Frage-, Auskunfts- und Informationsrechte
 - c) Untersuchungsrecht
 - aa) Einsetzungsbeschluss
 - bb) Zulässige Untersuchungsgegenstände
 - cc) Befugnisse des Untersuchungsausschusses
 - dd) Berücksichtigung von Grundrechten im Untersuchungsverfahren
 - ee) Ende des Untersuchungsverfahrens
 - 7. Öffentlichkeitsfunktion
 - 8. Beschlussorgan
 - 9. Anklageorgan
- IV. Verfahren
- § 24 Der Bundesrat
 - I. Organe
 - 1. Präsident und Präsidium
 - 2. Mitglieder
 - 3. Ausschüsse
 - 4. Europakammer
 - 5. Plenum
 - II. Stimmverteilung
 - III. Zuständigkeit
 - IV. Verfahren
- § 25 Der Gemeinsame Ausschuss
- § 26 Der Bundespräsident
 - I. Stellung von Organ und Amtsinhaber

1. Staatsoberhaupt
2. Amtsvoraussetzungen
3. Persönlicher Status
4. Amtszeit
5. Amtseid
6. Vertretung

II. Zuständigkeiten

1. Integrationsfunktion
2. Repräsentationsfunktion
3. Reservefunktion
4. Staatsnotarielle Funktionen und Prüfungsrecht
 - a) Ernennung und Entlassung der Mitglieder der Bundesregierung und bestimmter Beamter
 - b) Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren
 - aa) Politisches Prüfungsrecht
 - bb) Formelles Prüfungsrecht
 - cc) Materielles Prüfungsrecht
 - dd) Ergebnis
5. Sonstige Funktionen

III. Gegenzeichnungspflicht

§ 27 Die Bundesversammlung

- I. Zusammensetzung
- II. Wahl des Bundespräsidenten

§ 28 Die Bundesregierung

- I. Organe (Mitglieder)
 1. Bundeskanzler
 2. Bundesminister
 3. Bundeskabinett
 4. Staatssekretäre

II. Amtszeit

1. Bundeskanzler
 - a) Beginn der Amtszeit
 - aa) Verfahren nach Art. 63 Abs. 1, 2 GG
 - bb) Verfahren nach Art. 63 Abs. 3 GG
 - cc) Verfahren nach Art. 63 Abs. 4 GG

- b) Ende der Amtszeit
 - aa) Konstruktives Misstrauensvotum nach Art. 67 GG
 - bb) Vertrauensfrage nach Art. 68 GG
 - 2. Bundesminister
 - III. Organisation
 - 1. Kanzlerprinzip
 - 2. Ressortprinzip
 - 3. Kollegialprinzip
 - 4. Selbstorganisation
 - 5. Koalitionsvereinbarung
 - 6. Verwaltungsunterbau
 - IV. Zuständigkeiten
 - 1. Regierungsfunktion
 - 2. Verwaltungsfunktion
 - 3. Rechtsetzungsfunktion
- § 29 Das Bundesverfassungsgericht
 - I. Aufbau und Status
 - II. Zuständigkeiten
 - III. Prozessuale Grundsätze
 - 1. Antragsprinzip
 - 2. Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags
 - 3. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
 - IV. Verhältnis zu überstaatlicher Gerichtsbarkeit
 - 1. Das Verhältnis zum EuGH
 - 2. Das Verhältnis zum IGH
 - 3. Das Verhältnis zum EGMR
- § 30 Die Parteien als Organe des Verfassungslebens
 - I. Funktion und verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien
 - 1. Organisation und Vermittlung der politischen Willensbildung des Volkes
 - 2. Funktionsgerechter Verfassungsstatus
 - a) Rechtliche Trennung von Staatsinstitutionen und Parteien
 - b) Verfassungsprozessualer Sonderstatus

II. Stellung und Aufbau der politischen Parteien

1. Begriff der politischen Partei
 - a) Vereinigung von Bürgern
 - b) Ziel der politischen Einflussnahme
 - c) Ernsthaftigkeit der Zielsetzung
 - d) Inhalt der Zielsetzung
2. Politische Betätigung
3. Parteiverbot und Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung
4. Innere Ordnung und Aufbau
 - a) Rechtliche Vorgaben
 - b) Demokratische Grundsätze
 - c) Föderativer Aufbau
 - d) Satzung und Programm
 - e) Parteiorgane
 - f) Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen
5. Parteifinanzen
 - a) Finanzierung der politischen Parteien
 - b) Transparenz

Teil IV: Die Staatsfunktionen

§ 31 Die Gesetzgebung

- I. Der Begriff des Gesetzes
 1. Der materielle Gesetzesbegriff
 2. Der formelle Gesetzesbegriff
 3. Der Gesetzesbegriff im Grundgesetz
 4. Normenhierarchie
- II. Das Gesetzgebungsverfahren für einfache Bundesgesetze
 1. Die Gesetzesinitiative (Art. 76 GG)
 - a) Gesetzesinitiative der Bundesregierung
 - b) Gesetzesinitiative des Bundesrates
 - c) Gesetzesinitiative des Bundestages
 2. Das Verfahren im Bundestag (Art. 77 Abs. 1 GG)

3. Die Mitwirkung des Bundesrates (Art. 77, 78 GG)

- a) Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen
 - aa) Erstmalig erlassene Gesetze
 - bb) Änderungsgesetze
- b) Das Vermittlungsverfahren und der Vermittlungsausschuss
- c) Beteiligung des Bundesrates bei Zustimmungsgesetzen
- d) Beteiligung des Bundesrates bei Einspruchsgesetzen
- e) Umdeutung einer verweigten Zustimmung in einen Einspruch

4. Die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten (Art. 82 Abs. 1 GG)

5. Die Verkündung im Gesetzblatt (Art. 82 Abs. 1 GG)

6. Das Inkrafttreten des Gesetzes (Art. 82 Abs. 2 GG)

III. Das Gesetzgebungsverfahren für verfassungsändernde Gesetze

IV. Das Verfahren beim Erlass von Rechtsverordnungen

- 1. Rechtsverordnungen als Gesetzgebung durch die Exekutive
- 2. Funktion
- 3. Voraussetzungen und Rechtsfolgen
 - a) Ermächtigungsadressaten
 - b) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie
 - c) Anforderungen an die Rechtsverordnung
 - d) Fehlerfolge

§ 32 Die vollziehende Gewalt

I. Trennung von Regierung und Verwaltung

1. Regierung

- 2. Verwaltung
- 3. Trennung von Regierung und Verwaltung
- II. Die Ausgestaltung der Bundeseigenverwaltung
 - 1. Zuweisung der Organisationsgewalt
 - 2. Aufbau der Bundesverwaltung
- III. Die Bundeswehr
- § 33 Die Rechtsprechung
 - I. Definition und Abgrenzung
 - II. Aufgabe der Rechtsprechung
 - III. Organkompetenz der Gerichtsbarkeit
 - IV. Gerichtsbarkeit
 - 1. Verfassungsgerichtsbarkeit
 - 2. Fachgerichtsbarkeit
 - V. Rechtlicher Status des Richters
- § 34 Auswärtige Gewalt
 - I. Art. 32 Abs. 1 GG als allgemeine Regelung der Verbandskompetenz
 - II. Abschluss und Transformation völkerrechtlicher Verträge
 - 1. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge
 - 2. Transformation des völkerrechtlichen Vertrages
 - III. Die Beteiligung an internationalen Einrichtungen
 - IV. Die Mitwirkung an der Europäischen Integration
 - 1. Der Prozess der Europäischen Integration
 - 2. Kompetenzen und institutioneller Aufbau der Europäischen Union
 - 3. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Mitwirkung an der Europäischen Integration
 - V. Zusammenfassung

Teil V: Übersichten - Schemata - Definitionen

A. Übersichten

Übersicht 1: Der Staatsbegriff (Drei-Elemente-Lehre) (vgl. dazu oben Rn. 4 ff.)

- Übersicht 2: Strukturprinzipien und Staatszielbestimmungen (Rn. 88 ff.)
- Übersicht 3: Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland
- Übersicht 4: Zuständigkeiten des Bundestags (Rn. 547 ff.)
- Übersicht 5: Die Wahl des Bundeskanzlers (Rn. 551)
- Übersicht 5a: Das Mehrheitsprinzip im GG (Rn. 612)
- Übersicht 6: Normenhierarchie
- Übersicht 7: Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat (Rn. 271 ff.)
- Übersicht 8: Gesetzgebungsverfahren (Rn. 861 ff.)
- Übersicht 9: Die Gewaltenteilung nach dem Grundgesetz (Rn. 169 ff.)
- Übersicht 10: Verwaltungsfunktionen
- Übersicht 11: Vollzug von Gesetzen
- Übersicht 12: Justiz/Gerichtsbarkeit (Rn. 955 ff.)

B. Schemata

- Schema 1: Verfassungskonformität eines formellen Bundesgesetzes
- Schema 2: Verfassungskonformität einer Rechtsverordnung des Bundes
- Schema 3: Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Überblick)
- Schema 4: Organstreitverfahren
- Schema 5: Abstrakte Normenkontrolle
- Schema 6: Bund-Länder-Streit
- Schema 7: Verfassungsbeschwerde
- Schema 8: Konkrete Normenkontrolle

C. Problemkreise

- I. Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag
 - 1. Die sog. „verkappte Regierungsvorlage“ (s. oben Rn. 877)

2. Die Gesetzesvorlage durch einen einzelnen Abgeordneten (s. oben Rn. 878)
 3. Folgen eines Verstoßes gegen Art. 76 Abs. 2 GG (s. oben Rn. 870)
 4. Verstoß gegen Vorschriften der GOBT (Bsp.: § 78 Abs. 1 Satz 1 GOBT) (s. oben Rn. 882)
- II. Die Beteiligung des Bundesrates am Gesetzgebungsverfahren
5. Reichweite der Zustimmungsbefähigung (s. oben Rn. 896 ff.)
 6. Uneinheitliche Stimmabgabe im Bundesrat (s. oben Rn. 652 f.)
 7. „Zustimmungsverweigerung bei Einspruchsgesetz“ (s. oben Rn. 914)
- III. Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens
8. Prüfungsrecht des Bundespräsidenten (s. oben Rn. 695 ff.)
- IV. Verfassungsfragen der Wahl zum Deutschen Bundestag
9. Verfassungsmäßigkeit der 5 %-Sperrklausel (§ 6 Abs. 1 Satz 1 BWahlG) (s. oben Rn. 517 ff.)
 10. Verfassungsmäßigkeit der Grundmandatsklausel (§ 6 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BWahlG) (s. oben Rn. 521 ff.)
- V. Sonstige Problemkreise
11. Die Rückwirkung von Gesetzen (s. oben Rn. 210 ff.)
 12. Verfassungsprozessuale Stellung von Parteien (s. oben Rn. 812 ff.)

D. Definitionen

Stichwortverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

A

| | |
|-------------|--|
| A.A.; a. A. | anderer Ansicht |
| a. a. O. | am angegebenen Ort |
| abgedr. | abgedruckt |
| AbgG | Abgeordnetengesetz |
| Abs. | Absatz |
| a. E. | am Ende |
| a. F. | alte Fassung |
| AL | Ad legendum (Zeitschrift) |
| Allg. | Allgemein(e/er/es) |
| Anm. | Anmerkung(en) |
| AöR | Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift) |
| Art. | Artikel |
| Aufl. | Auflage |
| Az. | Aktenzeichen |

B

| | |
|---------|---|
| BAnz. | Bundesanzeiger |
| BauGB | Baugesetzbuch |
| BayVBl. | Bayerische Verwaltungsblätter |
| Bd. | Band |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |
| BMinG | Bundesministergesetz |
| BPWahlG | Bundespräsidentenwahlgesetz |
| BRHG | Gesetz über den Bundesrechnungshof |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerfGE | Entscheidung(en) des Bundesverfassungsgerichts |

BVerfGG Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BWahlG Bundeswahlgesetz
BWahlO Bundeswahlordnung

D

DB Der Betrieb (Zeitschrift)
d. h. das heißt
Dok. Dokument(e)
DÖV Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiG Deutsches Richtergesetz
DRiZ Deutsche Richterzeitung
DVBl. Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)

E

EAG Europäische Atomgemeinschaft
EG Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Einl. Einleitung
EMRK Konvention zum Schutze der Menschenrechte
und Grundfreiheiten
EStG Einkommensteuergesetz
etc. et cetera
EU Europäische Union
EuGH Europäischer Gerichtshof
EuGrZ Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuZW Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvStL Evangelisches Staatslexikon

F

f., ff. folgend, folgende
Fn. Fußnote
FS Festschrift

G

| | |
|---------|--|
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| gem. | gemäß |
| GG | Grundgesetz |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GOBR | Geschäftsordnung des Bundesrats |
| GOBReg | Geschäftsordnung der Bundesregierung |
| GOBT | Geschäftsordnung des Bundestags |
| GOVermA | Geschäftsordnung Vermittlungsausschuss |

H

| | |
|----------|--------------------------------|
| HStR | Handbuch des Staatsrechts |
| HbVerfR | Handbuch des Verfassungsrechts |
| HessStGH | Hessischer Staatsgerichtshof |
| h. M. | herrschende(r) Meinung |
| hrsg. | herausgegeben |
| Hrsg. | Herausgeber |

I

| | |
|----------|-----------------------------|
| i. e. S. | im engen Sinne |
| IGH | Internationaler Gerichtshof |
| insbes. | insbesondere |
| i. S. d. | im Sinne der/des |
| i. V. m. | in Verbindung mit |

J

| | |
|------|---|
| JA | Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift) |
| JBl. | Juristische Blätter (Zeitschrift) |
| JÖR | Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Zeitschrift) |
| Jura | Jura (Zeitschrift) |
| JuS | Juristische Schulung (Zeitschrift) |
| JZ | Juristenzeitung |

K

KJ Kritische Justiz (Zeitschrift)

L

lit. littera (Buchstabe)

M

m. w. N. mit weiteren Nachweisen

N

NdsVBl. Niedersächsische Verwaltungsblätter
(Zeitschrift)

n. F. neue Fassung

NJW Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)

NordÖR Zeitschrift für Öffentliches Recht in
Norddeutschland

Nr. Nummer

NSDAP Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei

NuR Natur und Recht (Zeitschrift)

NVwZ Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

NWVBl. Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
(Zeitschrift)

P

Parl.Rat Parlamentarischer Rat

ParlStG Gesetz über die Rechtsverhältnisse der
Parlamentarischen Staatssekretäre

PartG Parteiengesetz

PJZS Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in
Strafsachen

Prot. Protokoll

PUAG Parlamentarisches

Untersuchungsausschussgesetz

R

| | |
|--------|--|
| RGBl. | Reichsgesetzblatt |
| Rn. | Randnummer |
| RuStAG | Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz |

S

| | |
|-----------|----------------------------------|
| S. | Seite |
| s. | siehe |
| SächsVBl. | Sächsische Verwaltungsblätter |
| SGG | Sozialgerichtsgesetz |
| Slg. | Sammlung |
| sog. | so genannt(e/er/es) |
| Sp. | Spalte |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| str. | streitig |
| STWG | Stabilitäts- und Wachstumsgesetz |
| SÜR | Seerechtübereinkommen |

T

| | |
|----------|------------------------------|
| ThürVBl. | Thüringer Verwaltungsblätter |
|----------|------------------------------|

U

| | |
|-------|---------------------------|
| u. | und |
| u. a. | und andere, unter anderem |
| usw. | und so weiter |

V

| | |
|-----------|--|
| v. | von/vom |
| VBIBW | Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg |
| Verf. | Verfasser |
| VerwArch. | Verwaltungsarchiv (Zeitschrift) |